



MM #4

Übergewinnsteuer, Ukraine-Hilfen, Inflation

Liebe Freund*innen, liebe Interessierte,

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine betrifft uns weiter auf vielen Ebenen - insbesondere auf wirtschaftlicher. Dazu gibt es von mir heute einen Überblick zu folgenden Themen:

MM #4 Themen:

- **Inflation** - EZB-Zinserhöhung ist kontraproduktiv für den Euro-Raum
- **Übergewinnsteuer** - es wird Zeit fossile Energiekonzerne stärker zu beteiligen
- **Ukraine** Hilfe und EU Budget

Herzliche Grüße,
Rasmus Andresen

Inflation - EZB-Zinserhöhung ist kontraproduktiv für den Euro-Raum

Die Inflation hat sich in der Eurozone in den letzten Monaten deutlich vom Stabilitätsziel von „nahe zwei Prozent“ entfernt und liegt aktuell im Durchschnitt bei 8,1 %. Deswegen wurde die Pressekonferenz der EZB bereits mit einiger Spannung erwartet, aber mit unterschiedlichen Wünschen in den Mitgliedsländern verbunden.

Insbesondere in Deutschland wurden in den letzten Wochen die Rufe nach zum Teil starken Zinserhöhungen laut.

Das Problem dabei ist allerdings:

Die steigenden Energie-/Nahrungsmittelpreise wirken sich höchst heterogen auf den Euro-Raum aus: So lag die Inflationsrate im April 2022 in Malta bei 5,4%, in Deutschland bei 7,8%, in den Niederlanden bei 11,2% oder in Estland bei 19,1% im Vergleich zum Vorjahresmonat, was eine einheitliche Reaktion der EZB darauf erschwert.

In diese Situation hinein hat Christine Lagarde letzte Woche die neue, in Teilen bereits absehbare Strategie der EZB vorgestellt. So sollen die Anleihekäufe der EZB zu Ende Juni eingestellt werden, bevor die Leitzinsen im Juli nach elf Jahren erstmalig wieder um 25 Basispunkte angehoben werden. Sollten sich die Projektionen für die Inflationsentwicklung nicht verbessern, werden für September 2022 weitere, stärkere Zinserhöhungen angestrebt. „Damit“, so Lagarde, „ist diese erste Zinserhöhung nicht nur ein erster Schritt, sie ist der Beginn einer Reise zurück zur Normalität“.

Ich kritisiere die EZB Präsidentin für zwei Dinge:

Zum einen ist Christine Lagarde mit keinem Wort auf die Auswirkungen ihrer „Reise zurück in die Normalität“ darauf eingegangen, was dies insbesondere für die südeuropäischen Mitgliedsstaaten bedeutet. Steigende Zinsen bedeuten nicht nur eine (geringfügige) direkte Mehrbelastung der höher verschuldeten Mitgliedstaaten. Sie laden auch auf den Finanzmärkten wieder zu Spekulationen über die Fähigkeiten insbesondere in diesen EU-Ländern ein, die Schulden auch verlässlich zu bedienen. Das wiederum kann zu einer Vergrößerung der Spreads und damit zu höheren Kosten für neue oder revolvingende Anleihen führen und die ohnehin schon wacklige Stabilität der Eurozone gefährden.

Zum Zweiten bedeuten die angestrebten Zinserhöhungen eine zusätzliche Belastung für die sich gerade erst erholende Wirtschaft nach der Corona-Krise und sie könnte in den schwächeren Volkswirtschaften Europas zu einer Rezession führen. Sie schaffen zusammen mit dem Krieg in der Ukraine große Unsicherheit und ein Investition-unfreundliches Klima.

Viel wichtiger in der Inflationsbekämpfung ist jetzt die einzelstaatliche Fiskalpolitik! Bürger*innen, insbesondere mit kleinen und mittleren Einkommen, aber auch Studierende und Rentner*innen überall in Europa brauchen jetzt anhaltende Entlastung. Denn die spüren die Inflation ganz unmittelbar.

Hier muss gerade die Kommission aktiv werden und die Mitgliedstaaten bei ihren fiskalpolitischen Plänen unterstützen, damit eine weitere Polarisierung des Euro-Raums unterbunden wird. Die Europäische Zentralbank darf nach der Euro-Krise nicht erneut zum Sündenbock für politische Versäumnisse der letzten Jahre im fiskal- und energiepolitischen Bereich, sowie äußere Faktoren wie den russischen Angriffskrieg gemacht werden.

Übergewinnsteuer - es wird Zeit fossile Energiekonzerne stärker an den Krisenkosten zu beteiligen

Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine haben viele Konzerne exzessive Gewinne eingefahren. Vor allem Mineralölkonzerne haben seit Kriegsbeginn mehr als 3 Mrd. Euro zusätzlichen Profit gemacht ([Quelle: Greenpeace, Stand April 2022](#)).

Das sind Milliarden, die mit hohen Gewinnmargen erzielt wurden und die nur zum Profit der Ölkonzerne gehen.

Daher ist eine Übergewinnsteuer für exzessive Gewinne überfällig. In ihrer Kommunikation RePowerEU im März 2022 hat die EU Kommission daher vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten eine Steuer auf die Übergewinne der Konzerne erheben, mit denen Maßnahmen finanziert werden sollen, welche die hohen Belastungen für die Bürger*innen abfedern sollen.

Während einige Mitgliedstaaten wie Spanien und Italien solch eine Abgabe bereits eingeführt haben, blockiert Finanzminister Lindner in Deutschland Aktivitäten.

Das Parlament hat daher seinen Druck erhöht und während der Plenarsitzung am 19. Mai 2022 in seinem [Entschließungsantrag](#) die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, „die Gestaltung von Regelungen zur Besteuerung unerwarteter Gewinne oder anderer regulatorischer Maßnahmen zu koordinieren, um sie dafür zu nutzen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine für die EU abzumildern“.

Die jüngste Initiative für eine Übergewinnsteuer kam nun vom Bremer Senat am 31.5.2022, der in einem [Entschließungsantrag](#) die Bundesregierung auffordert, diese einzuführen. Rückendeckung gibt es dafür unter anderem vom [Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung](#), auch wenn die Einführung in Deutschland selbst als wenig realistisch gesehen wird. Dabei ist nun entscheidend, wie sich die anderen Bundesländer verhalten, wenn der Vorschlag am 10. Juni 2022 im Bundesrat eingereicht wird.

Wir Grüne im Europäischen Parlament werden uns gemeinsam mit unseren europäischen Kolleg*innen weiter für eine europäische Koordinierung dieser Abgabe für exzessive Gewinne der Mineralölgiganten aus Kriegsfolgen einsetzen.

Ukraine Hilfe und EU Budget

Durch den Krieg und den resultierenden wirtschaftlichen Kollaps braucht die Ukraine laut dem Internationalen Währungsfond bis Ende Juni insgesamt 14,3 Mrd. Euro Soforthilfe, damit das Land weiter liquid bleibt.

Deshalb hat die EU-Kommission insgesamt 9 Euro Mrd. Euro Kredite aus der Makrofinanziellen Hilfe (macro-financial assistance, MFA) vorgeschlagen, zusätzlich zu den 1,2 Mrd. Euro, die im März bewilligt worden sind.

Diese Kredite werden in Tranchen und mit vergünstigten Zinsen vergeben, dank der Garantien aus dem EU Budget. Zusätzlich sollen sie durch weitere Garantien aus den Mitgliedstaaten gedeckt und die Zinsen durch Zuschüsse aus dem EU Budget subventioniert werden.

Der Vorschlag wird in den kommenden Tagen von der EU Kommission angenommen werden. Anschließend müssen das Europäische Parlament sowie der Rat zustimmen. Im Parlament ist der Handelsausschuss dafür zuständig und der Vorschlag soll am 22. Juni während der Plenarsitzung angenommen werden.

Die erste Tranche soll noch vor Mitte Juli ausgezahlt werden. Langfristig braucht die Ukraine 100 - 500 Mrd. Euro für den Wiederaufbau. Dies könnte durch eine „Ukraine Wiederaufbau Plattform“ geschehen, eine Art „Marshall-Plan“ für die Ukraine sowie eine neue Fazilität zum Aufbau der Ukraine, eingebaut in die bereits bestehende Wiederaufbau Fazilität.

Die Finanzierung käme aus neuen Zuwendungen aus der Wiederaufbau Fazilität sowie einer gezielten Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 und neuen von der EU aufgenommenen Krediten zu günstigen Zinsen.

Außerdem schlägt die EU Kommission vor, die eingefrorenen russischen Vermögen als Finanzquelle zu nutzen.

Es bleibt allerdings immer noch unklar, wie viel Geld tatsächlich in der Ukraine benötigt wird. Je länger der Krieg dauert, desto mehr Geld wird für den Wiederaufbau gebraucht.

+++ WHAT ALSO MATTERED +++

BUDGET 2023 Kommissionsvorschlag zum Haushalt

Am Dienstag, den 7. Juni hat die EU-Kommission ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vorgestellt. Das Gesamtvolumen des Haushaltes für die Sektion III (Budget für die Programme) beläuft sich auf 185,6 Mrd. Euro in Ermächtigungsverpflichtungen und 166,3 Mrd. Euro in Zahlungsverpflichtungen. Dieser Haushaltsvorschlag steht vor dem Hintergrund des Ukraine Kriegs und dass die Reserven im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 bereits fast vollständig ausgenutzt sind.

FISC Delegation in Washington D.C.

Vom 22. Bis zum 25. April war ich mit einer Delegation des Unterausschusses für Steuerfragen in Washington D.C., wo wir unter anderem Gespräche mit Senator*innen und Vertreter*innen des Repräsentantenhauses, dem Internationalen Währungsfonds und der US Treasury zu aktuellen Steuerfragen geführt haben. Die Pressemitteilung und das Programm sind [hier](#) zu finden.

TAXONOMIE Zeitnahe Abstimmung im Wirtschafts- und Währungsausschuss sowie im Umweltausschuss und im Plenum

Am Montag, den 30.5.2022 fand im Wirtschafts- und Währungsausschuss sowie im Umweltausschuss eine gemeinsame Anhörung zur Taxonomie statt, genauer gesagt, zum Delegierten Rechtsakt, der Gas und Atomkraft als grün klassifiziert. Der Rechtsakt kann mit einer absoluten Mehrheit im EU Parlament abgelehnt werden, die Abstimmung ist für die Plenarsitzung im Juli geplant. Die Aufzeichnung der Anhörung ist [hier](#) zu finden.

Am Dienstag, den 14. Juni 2022 werden der Wirtschafts- und der Umweltausschuss in einer gemeinsamen Sitzung über den Einspruch gegen den Taxonomie-Vorschlag abstimmen. Hier im einfachen Mehrheitsverfahren. Die Abstimmung im Plenum, wo eine absolute Mehrheit gebraucht wird, soll im Mini-Plenum im Juni stattfinden.

POLEN

soll Geld trotz Schein-Reform bekommen

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die bisher zurückgehaltenen Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds NextGenerationEU für Polen freizugeben. Bedingung war, dass die polnische Regierung die undemokratische Justizreform zurücknimmt. Das hat sie in unseren Augen aber nur unzureichend gemacht. Deswegen verurteilen wir die Entscheidung der EU-Kommission und fordern Sie dazu auf die Gelder nicht freizugeben, falls Polen bei der Rechtsstaatlichkeit die Forderungen des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission nicht 1:1 erfüllt. Diese sind:

- 1) die Auflösung der rechtswidrigen Disziplinarkammer
- 2) die bedingungslose und vollständige Wiedereinsetzung der von ihr suspendierten Richter
- 3) Änderungen des Disziplinarsystems für Richter

Es darf keinen Rabatt für Polen geben!

Falls die EU Kommission die Mittel für Polen freigibt, wird Warschau am Ende wohl einem globalen Mindeststeuersatz für Unternehmen zustimmen. Polen hatte sich dieser bisher verwehrt. Und weil bei dieser Frage das Einstimmigkeitsprinzip gilt, konnte Warschau das Vorhaben blockieren. Die Wiederaufbau-Gelder und die Mindeststeuer haben aber eigentlich nichts miteinander zu tun. Wir verurteilen solch ein erpresserisches Vorgehen aufs Schärfste. Das Einstimmigkeitsprinzip gehört dringend abgeschafft, weil immer wieder einzelne Staaten ihre Einzelinteressen in bestimmten Bereichen durchsetzen können, wenn sie bei anderen Fragen blockieren. Bis diese Reform durch ist, muss die Kommission Prozeduren anwenden, die dieses Einstimmigkeitsprinzip umgehen. Grundlagen dafür bieten die Verträge. Nationale Interessen dürfen die EU in wichtigen geostrategischen Fragen nicht bremsen.



Dir hat der Money Matters gefallen, dann empfehle den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Du hast Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreibe uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melde dich mit deiner eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

**Anmeldung Money Matters
Newsletter**

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

**Anmeldung Europa
Newsletter**

Copyright © 2022, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)